

Prekäre Beschäftigungen abbauen



LDK in Sindelfingen am 21.-22.09.2019

Antragsteller*in: Cordula Maier (Lörrach KV)
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Prekäre Beschäftigung abbauen

2 „Unsichere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wollen wir abbauen.“ Dieser
3 Satz findet sich im Koalitionsvertrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU in
4 Baden-Württemberg und dort steht auch: „Wir werden Baden-Württemberg zu einem
5 Musterland für gute Arbeit entwickeln. Das Land soll dabei eine Vorreiterrolle
6 übernehmen, auf sachgrundlose Befristungen verzichten und junge Menschen im
7 Praktikum angemessen vergüten. Wir stehen zu tariflich entlohnter Arbeit und zur
8 Tariftreue.“

9 Diese Ziele wurden noch nicht umfassend erreicht. Auch in Baden-Württemberg gibt
10 es trotz guter Konjunktur häufig unsichere und schlecht bezahlte Jobs.
11 Beschäftigte arbeiten in der Leiharbeit, sie sind sachgrundlos befristet, mehr
12 und mehr Menschen arbeiten als prekäre Soloselbständige, andere in
13 unfreiwilliger Teilzeit oder im Minijob. Prekäre Beschäftigung belastet die
14 Menschen. Viele leben in Unsicherheit und können ihr Leben nicht planen. Andere
15 können von ihrem Lohn nicht leben. So galten im vergangenen Jahr 8,4 Prozent der
16 abhängig Beschäftigten im Land – das sind 383.606 Frauen und Männer – als arm.
17 Das heißt, ihr Haushaltseinkommen betrug weniger als 60 Prozent des
18 Medianeinkommens. Das ist besorgniserregend. Denn ihr Anteil an allen
19 Beschäftigten in Baden-Württemberg hat trotz guter Konjunktur zugenommen. 2005
20 lag er noch bei 7 Prozent.

21 Gleichzeitig sinkt auch in Baden-Württemberg die Verbreitung von Tarifverträgen.
22 Nur noch rund 50 Prozent der Beschäftigten arbeiten in einem Betrieb, in dem ein
23 Flächentarifvertrag gilt. Die Arbeitgeber verabschieden sich immer häufiger aus
24 der Tarifbindung. Deshalb begrüßt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, dass
25 die Landesregierung die Bundesratsinitiative „Sozialpartnerschaft,
26 Tarifautonomie und Tarifbindung stärken – Verantwortungsvolle Unternehmen
27 schützen und fairen Wettbewerb sichern“ unterstützt hat. Die Landesregierung
28 soll diesen Weg weitergehen. Wir wollen das Landestariftreue- und
29 Mindestlohngesetz schärfen. Dort haben wir bereits 2013 die Tariftreue für die
30 Unternehmen, die einen Auftrag vom Land oder den Kommunen erhalten wollen, in
31 allen dafür europarechtlich zulässigen Sektoren vorgeschrieben. Wir wollen eine
32 Kontrollinstanz etablieren, die Stichproben durchführt. Dies ist besonders im
33 Bereich des Öffentlichen Verkehrs wichtig, damit bei anstehenden Vergaben von
34 Busverkehren durch die Kommunen Dumpingangebote sicher ausgeschlossen werden und
35 der Wettbewerb unter den Unternehmen fair ist.

36 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg spricht sich auch dafür aus, dass
37 prekäre Beschäftigung effektiv zurückgedrängt wird. Zentral dafür ist, dass der
38 gesetzliche Mindestlohn deutlich steigt. Die Landesregierung soll sich deshalb
39 im Bundesrat für eine Reform des Mindestlohngesetzes einsetzen. Die Anpassung

- 40 des Mindestlohns darf sich nicht weiter nur an der Tarifentwicklung orientieren.
41 Ziel muss sein, dass der gesetzliche Mindestlohn vor Armut schützt.
- 42 Darüber hinaus fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg die
43 Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die sachgrundlose
44 Befristung abgeschafft und Leiharbeit sozialverträglich ausgestaltet wird. Bei
45 Leiharbeit muss Equal Pay ab dem ersten Tag gelten.
- 46 Baden-Württemberg soll Musterland für gute Arbeit werden. Die Landesministerien
47 und Landesbehörden sowie die Kommunen und kommunalen Arbeitgeber sollen auf
48 sachgrundlose Befristungen verzichten. Zudem fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
49 Baden-Württemberg die Landesregierung auf, Lehrer*innen, die dies wünschen, in
50 unbefristete Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. Für Quereinsteiger*innen sollen
51 Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden.